iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Öffentlicher Dienst | 05.02.2024 | Lesezeit 2 Min.

Mehr Beschäftigte beim Staat

Bund, Länder und Kommunen beschäftigten im Jahr 2022 mehr als 4,8 Millionen Menschen. Vor allem Bundesländer und Gemeinden haben in den vorangegangenen zehn Jahren viele zusätzliche Stellen geschaffen. Je nach Aufgabenbereich hat sich der Personalbestand im öffentlichen Dienst aber sehr unterschiedlich entwickelt.

Sie sorgen für Recht und Ordnung, unterrichten unsere Kinder oder planen neue Verkehrswege: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben, damit das Gemeinwesen funktioniert.

Die Frage, wie viele Köpfe es dafür braucht – ob der öffentliche Dienst in Deutschland also ein aufgeblähter Apparat ist oder ob noch deutlich mehr Beschäftigte erforderlich wären, damit der Staat den Anforderungen gerecht wird –, lässt sich nicht pauschal beantworten (siehe „Kommentar: Die zusätzlichen Stellen blähen die Verwaltung auf“).

Fakt ist: Die Zahl derjenigen, die für den Staat arbeiten, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen:

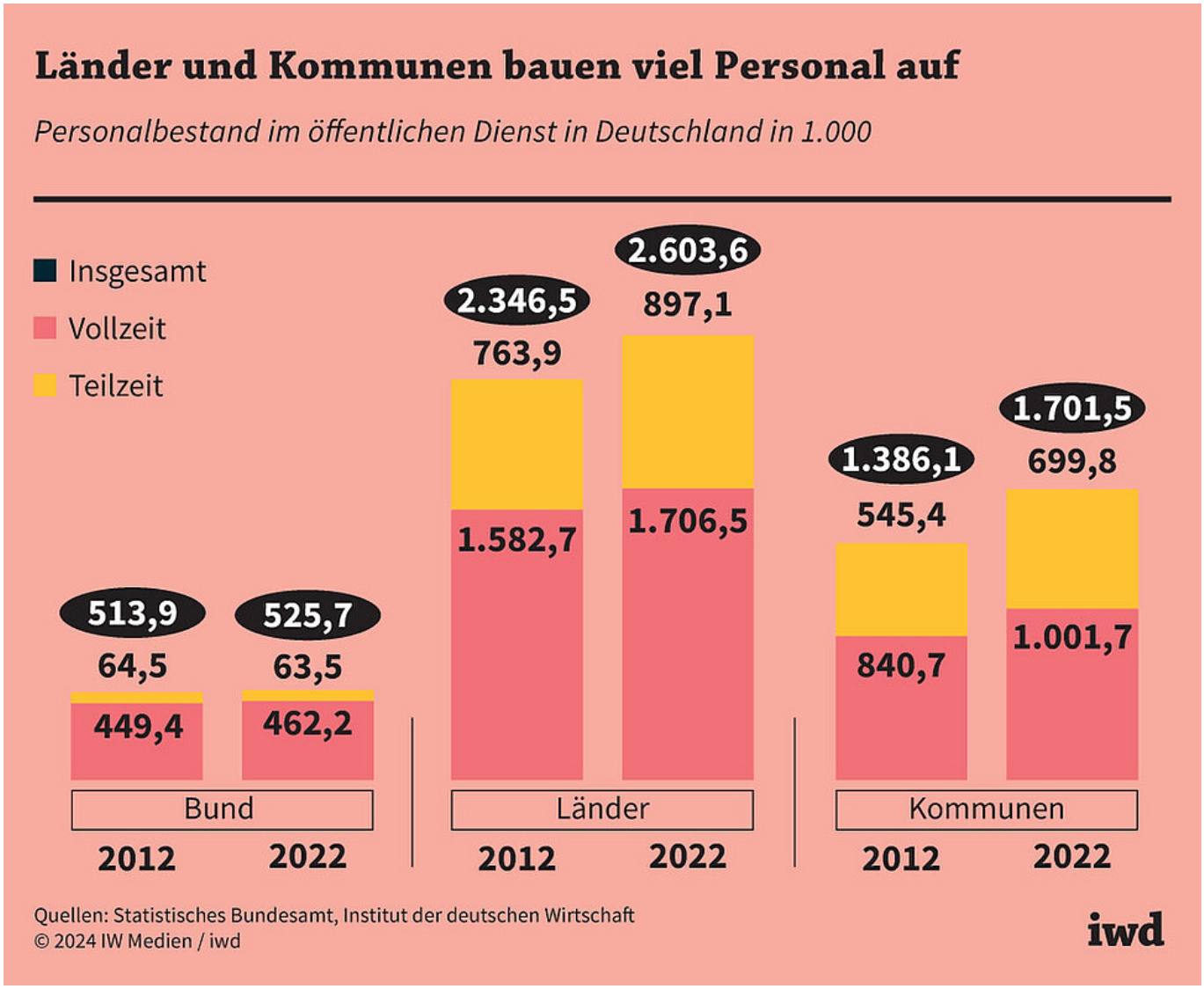
Im Jahr 2022 waren in Deutschland insgesamt 4,83 Millionen Menschen für Bund, Länder und Kommunen tätig – rund 584.000 oder 14 Prozent mehr als 2012.

Berücksichtigt sind dabei sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beamte, nicht aber Mitarbeiter der Sozialversicherungen, von Zweckverbänden oder von Unternehmen in privater Rechtsform wie beispielsweise der Deutschen Bahn.

Im Jahr 2022 waren in Deutschland insgesamt 4,83 Millionen Menschen für Bund, Länder und Kommunen tätig – rund 584.000 oder 14 Prozent mehr als 2012.

Auf den einzelnen staatlichen Ebenen waren die Personaltrends unterschiedlich (Grafik):

Den größten Stellenaufbau von 2012 bis 2022 verzeichneten die Kommunen (plus 315.000 Beschäftigte) und die Bundesländer (plus 257.000 Beschäftigte). Beim Bund kamen lediglich knapp 12.000 Mitarbeiter hinzu.



Insgesamt wurden 298.000 Vollzeitarbeitsplätze und 287.000 Teilzeitstellen

geschaffen.

Noch deutlich differenzierter hat sich die Beschäftigung entwickelt, wenn man auf die einzelnen Aufgabenbereiche schaut. Zum Teil fiel sogar eine erhebliche Zahl an Stellen weg. Einige Beispiele (Grafik):

Im Bereich Verteidigung, für den ausschließlich der Bund zuständig ist, sank die Zahl der Beschäftigten zwischen 2012 und 2022 um 19.000 oder 7 Prozent.

Öffentlicher Dienst: Die Personaltrends

in den Bereichen mit den insgesamt meisten Beschäftigten

	Bund		Länder		Kommunen	
	Personal-bestand im Jahr 2022 in 1.000	Veränderung gegenüber 2012 in Prozent	Personal-bestand im Jahr 2022 in 1.000	Veränderung gegenüber 2012 in Prozent	Personal-bestand im Jahr 2022 in 1.000	Veränderung gegenüber 2012 in Prozent
Allgemeinbildende und berufliche Schulen			893,4	5	116,0	8
Hochschulen	1,0	172	621,6	26		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	44,7	32	160,7	21	372,5	27
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	67,8	39	308,7	10	150,4	25
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	11,0	185	34,8	18	475,9	43
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	9,9	31	54,3	6	229,3	22
Verteidigung	243,0	–7				
Finanzverwaltung	51,5	21	143,9	–1	0,6	–12
Rechtsschutz	5,7	18	180,6	3		
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	16,4	11	28,6	16	120,5	14
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	39,4	–38	40,7	–17	41,5	22
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung	0	–100	17,5	2	110,0	–9

Keine Zahlenangaben: Jeweilige Gebietskörperschaft hat in diesem Bereich kein Personal, z. B. aufgrund fehlender Zuständigkeit
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik: Darunter fällt unter anderem die Kindertagesbetreuung der Kommunen
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung: einschließlich kommunaler Gemeinschaftsdienste

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Absolut gesehen gab es nur im Verkehrs- und Nachrichtenwesen auf Bundesebene mit 24.000 einen noch stärkeren Personalabbau. Allerdings dürfte dahinter vor allem die Pensionierung von Bundesbeamten bei der Deutschen Bahn stecken. Sie wurden sukzessive durch privatrechtlich angestellte Mitarbeiter ersetzt, die in der Personalstatistik für den öffentlichen Dienst nicht erfasst sind.

Die Kommunen haben vor allem im Bereich „Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung“ Stellen reduziert – das Minus von 11.000 Beschäftigten bedeutete einen Rückgang um 9 Prozent.

Mehr Personal in Führung und Verwaltung

Demgegenüber wurde in anderen Bereichen das Personal teils erheblich aufgestockt:

Für die „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ arbeiteten im Jahr 2022 insgesamt rund 118.000 Menschen mehr als zehn Jahre zuvor – den absolut stärksten Stellenzuwachs verzeichneten dabei die Kommunen mit 79.000.

Auch für die öffentliche Sicherheit und Ordnung waren zuletzt auf allen Gebietskörperschaftsebenen deutlich mehr Menschen tätig als 2012. Bei Bund und Ländern ist dies vor allem auf zusätzliche Polizeibeschäftigte zurückzuführen.

Bei den Kommunen stieg die Zahl der Mitarbeiter in der Kindertagesbetreuung – die zum Aufgabenbereich „Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik“ gehört – mit plus 92.000 bis zum Jahr 2021 besonders stark.

Kernaussagen in Kürze:

- Die Zahl der Beschäftigten bei Bund, Länder und Kommunen ist von 2012 bis 2022 um 14 Prozent auf gut 4,8 Millionen gestiegen.
- Den größten Stellenaufbau verzeichneten die Kommunen und die Länder.
- Aufgestockt wurde das Personal vor allem in den Bereichen "Politische Führung und Verwaltung", "öffentliche Sicherheit und Ordnung" sowie in der Kinderbetreuung auf kommunaler Ebene.